

Die Beratungen über die Kriegsgewinnsteuer in Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm den Rest des Entwurfes über vorbereitende Maßnahmen zur Kriegsgewinnbesteuerung in der zweiten Lesung entsprechend der Regierungsvorlage an.

Eine Resolution der Sozialdemokraten betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfes, der die Erhebung eines erneuten Wehrbeitrages im Laufe des Steuerjahres 1916/17 vorsieht, wurde vom Ausschusse abgelehnt, nachdem der Schatzsekretär erklärt hatte, daß eine Neuveranlagung der Steuer während des Krieges unmöglich sei. Hingegen wurde eine Resolution der Konservativen angenommen, welche unverzüglich geeignete Maßnahmen fordert, durch welche die Veranlagung und Erhebung der künftigen Kriegsgewinnsteuer auch bei Einzelpersonen sichergestellt wird.